Die Staats-Zeitung.

J. GEORGE RIPPER, Box 19.
Herausgeber.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, Febr. 8, 1872.

Versammlung demokratischer Herausgeber. — Eine Versammlung der Herausgeber demokratischer Zeitungen ist auf Montag den 4ten März in Harrisburg berufen. Die Mitglieder derselben sind freundlichst zur Beiwohnung eingeladen.

Ver. Staaten Senator.—Es heißt, Sen. Cameron wünsche, sich als Candidat für die Ver. Staaten Senatorstelle zurückziehen und dessen Schiegersohn, Wayne McVeigh an seine Stelle erwählt zu sehen. Die Freunde Grants machen es wie er selbst, sie wollen blos ihre Verwandte in Aemter eingesetzt haben.

Ein schmeichelhaftes Lob.

Für nachfolgende schmeichelhafte Bemerkungen eines Abonnenten der Staatszeitung in einem an uns gerichteten Briefe, erstatten wir dem ehrenwerthen Verfasser desselben unsern verbindlichsten Dank:

„Es thut mir sehr leid, daß diese gute und hübsche Zeitung (nämlich die „Staatszeitung") nicht von Jedem gelesen wird, denn sie ist unbedingt die beste Zeitung sowohl für das religiöse, als auch für das weltliche Interesse geeignet, und ich wünsche Ihnen viel Glück und Segen dazu. Fahren Sie so fort Ihr werthes Blatt zu publiziren, und in kurzer Zeit werden Sie die Abonnentenzahl verdoppeln."

Mit einer solchen Empfehlung dürfen wir uns wohl geschmeichelt fühlen, besonders da dieselbe von einem gebildeten und hochstehenden Geistlichen kommt. Es soll auch fernerhin unser Streben sein, den guten Ruf der Staatszeitung zu wahren, und für Wahrheit und Recht, für Gott und das Vaterland in die Schranken zu treten.

Was es kostet.

Unsere Herren Gesetzgeber (man sage besser Gesetzverdreher) sind ein kostspieliger Artikel. Alle paar Jahren werden von ihnen Verwilligungen (natürlich von den Geldern des Volkes) gemacht, um die Hallen in denen sie ihre Zusammenkünfte halten, neu zu renoviren und hübsch „aufzupuzen", so daß diese großen Rathsherren recht gemüthlich auf ihren Plätzen sitzen oder liegen (und auch Lügen) können. Auch im letzten Jahre wurden solche Verwilligungen gemacht, und siehe da, jetzt, nachdem die Hallen recht schmuck hergerichtet sind, erhellt sich's, daß das „Ausfixen" derselben die winzige Summe von blos $39,046.89 (beinahe vierzig Tausend Dollars) kostet, nämlich das Senatszimmer $21,179.68, und das Repräsentantenhaus $17,867.21! Die Fenstervorhänge für beide Hallen sind mit über $19,000 und die Fußteppiche mit über $4000 berechnet!

Nun, Liebchen, was willst Du noch mehr? Das Volk muß ja „blechen", was kümmern sich diese Herren drum? „Geschröpft" wird's ja doch.

Eine gerechte Maßregel.

Viele Eisenwerken, Kohlen-Compagnien und Andere in Pennsylvanien hatten es bisher im Gebrauch, die Arbeiter mit Waaren aus ihren Stores, oder Anweisungen an dieselben, auszubezahlen. Zu diesem Ende wurde jeder Arbeiter mit einem sogenannten „Paß-Buch" versehen, in das die Artikel, welche der Arbeiter während dem Monat aus dem Store holte, aufgezeichnet wurden.

Daß der Arbeiter auf diese Weise immer mehr oder weniger um seinen sauer verdienten Lohn beschwindelt wurde, wird wohl Niemand läugnen. Zahlt er auch nicht mehr für seine Waare, so empfängt er doch nicht die nämliche Qualität (noch Quantität), als wenn er baar für dieselbe bezahle. Der Arbeiter wird „geschoren", mag er sich stellen wie er will.

Diesem Schwindelsystem soll nun ein Endziel gesetzt werden, da Hr. Senator Petriken von Huntingdon County (ein Demokrat) eine Bill eingebracht hat, nach welcher allen Eisenwerken, Compagnien und Gesellschaften es bei strenger Strafe verboten wird, in Zukunft ihren Arbeitern den Lohn anders als in gesetzlichem Gelde auszubezahlen. Das „Paßbuch-System" soll abgeschafft werden.

Ob diese gerechte Bill im Senat und Haus passiren wird, ist noch abzuwarten. Hrn. Petriken gebührt indessen der Dank der arbeitenden Klasse für den Stand, den er in dieser Sache genommen hat, und es steht zu hoffen daß sein humaner Vorschlag mit Erfolg gekrönt werden möge. „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth;" deßhalb hinweg mit dem „Paßbuch"-System.

Die neue Eintheilungs-Bill.

Die neue Eintheilungs-Bill, nach welcher die verschiedenen Staaten der Union in Congreß-Distrikte eingetheilt werden sollen, passirte beide Häuser des Congresses, und erwartet nur noch die Unterschrift des Präsidenten. Die Zahl der Congreßmitglieder ist auf 283 festgesetzt, und folgendermaßen eingetheilt:

Alabama	7	Missouri	13
Arkansas	4	Nebraska	1
California	4	Nevada	1
Connecticut	4	New-Hampshire	2
Delaware	1	New-Jersey	7
Florida	1	New York	32
Georgia	9	Nord-Carolina	8
Illinois	19	Ohio	20
Indiana	12	Oregon	1
Iowa	9	Pennsylvanien	26
Kansas	3	Rhode Island	2
Kentucky	10	Süd Carolina	5
Louisiana	5	Tennessee	9
Maine	5	Texas	6
Maryland	6	Vermont	2
Massachusetts	11	Virginia	9
Michigan	9	West-Virginia	3
Minnesota	3	Wisconsin	8
Mississippi	6		
		Total	283

Sie rühren sich,

die Wassersimpel; sie rühren sich wieder brav in allen Theilen dieses einst freien Landes; sie agitiren und intriguiren allenthalben mit einer obstinaten Zähigkeit und ausdauernden Dummbosheit, die komisch wäre, wenn sie nicht so ernste Seiten hätte, und suchen unermüdlich das Objeckt ihrer fixen Idee, die Ausgeburt ihres incurablen Wahnsinns oder vielmehr Blödsinns; die Verurtheilung des ganzen Landes (sie selber natürlich ausgenommen) zu Wasser und Brod, welches letztere sie ehrlichen Leuten auch immer kärglicher zuzuschneiden Sorge tragen, in's Werk zu setzen. Wir sagen, die ganze Geschichte wäre komisch, wenn sie nicht so ernste Seiten hätte. Und wahrlich, die hat sie. Der Gleichgiltigkeit und trägen Indolenz der vernünftigen Gegenpartei gegenüber erringen sie gegenwärtig bald da, bald dort immer mehr und mehr momentane Erfolge. Unsern idealistischen Deutschen Republikanern und 48er Freiheitshelden, die für Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit schwärmen, fangen nachgerade jetzt die Augen an aufzugehn oder viel mehr überzugehn von dem Lichte, das ihnen ihre angeblichen Gesinnungsgenossen, die Amerikanischen sonannten Republikaner über ihren wahren Charakter aufstecken.

Wie schon in letzter Nummer der „Staatszeitung" gemeldet wurde, haben die republikanische Wasserköpfe in Illinois ein Monster Temperenz-Gesetz durchgebracht, ähnlich dem in Ohio, wonach nicht allein jeder Wirth, sondern selbst auch der Eigenthümer des Hauses in welchem sich die Wirthschaft befindet, für allen Schaden haften müssen, welcher durch einen besoffenen Dummkopf, der sich nicht selbst controlliren kann, verursacht wird!

Dahier endlich in Harrisburg, liegen der Gesetzgebung mehrere recht interessante, vielversprechende Bills vor, die zum Theil bereits im Hause der Repräsentanten durchgegangen sind; zum Beispiel, eine Bill, die das Option-Law für die 23te Ward genehmigt. Zur Annahme empfohlen ist, eine Bill, welche das für den Staat Illinois bereits bestehende, saubere Liquor-Gesetz auch für den Staat Pennsylvanien einführt; dann eine Bill, das Eigenthum und Einkommen der Wirthe in Philadelphia zu taxiren, und zu besteuern, um den Bau eines Correktions (Besserungs)-Hauses daselbst zu ermöglichen; — ferner — man höre und staune! am Donnerstage in der vorigen Woche ist vom Hause der Repräsentanten mit 68 Stimmen gegen 21 eine Bill angenommen worden, welche Jedermann — mit License oder ohne License — verbietet, an Wahltagen Bier, Wein, Liquor, Cider oder irgend ein spirituöses, Spuren von Alkohol in sich tragendes Getränk für Geld oder unentgeltlich abzugeben oder zu sich zu nehmen.—Das ist die erste Sektion dieses Gesetzes. Die 2te Sektion desselben stempelt eine solche Getränk-Abgabe oder Ausschenkung oder Zusichnahme zum Misdemeanor (Criminal-Vergehen), und bestimmt eine Strafe von nicht mehr als 100 Tagen Jail und nicht mehr als $500 Buße nebst Tragung der Kosten dafür; Alles nach dem Ermessen des Richters.

Wenn also der Pennsylvanische Farmer an irgend einem Wahltage in der Frühe aufsteht, seinen gewöhnlichen „Bittern" zu sich nimmt, und etwa seinem Sohne oder einem seiner Leute auch einen Drink gibt, bevor sie an die Arbeit oder zu den Wahlen gehen, so begeht er ein Vergehen, wofür ihm 100 Tage Zuchthaus und 500 Dollars Geldstrafe blühen! Wenn derselbe Farmer auf seinen Gaul steigt, um zu den Polls zur Wahl zu reiten, unterwegs einen Bekannten sieht, der ihn begrüßt, und diesem etwa mit dem Zuruf: „Recht kalter Morgen heut!" ein aus der Satteltasche hervorgelangtes, umflochtenes Fläschchen reicht, um einen erwärmenden Schluck daraus zu nehmen, — Marsch! in's Zuchthaus auf 100 Tage und $500 Strafe geblecht! — Oder wenn er gar, sobald die Wahl vorüber ist, in der Freude seines Herzens oder eventuell in Betrübniß in ein Deutsches Bierhaus geht, um sich zu ein Paar Freunden zu setzen, ein wenig zu politisiren, und ein oder wenn er viel Durst hat, zwei Glas Bier zu trinken, so braucht das Schicksal bloß einen Constabular an's Fenster zu führen, um ihn 100 Tage brummen und 500 Thaler bluten zu machen; Alles von Rechtswegen, — das heißt nach dem Rechte, wie sie's jetzt in Harrisburg im Repräsentanten-Hause machen!! — — — Wäre es nicht besser selbes Repräsentantenhaus vom Capitol zu Harrisburg eine Meile weiter weg nach dem Narrenhaus zu verlegen, und die hortigen Insassen hierher in's Capitol kommen zu lassen? Schlechtere Gesetze würden die schwerlich machen, und für unsere Repräsentanten dürfte es von großem Nutzen sein, da die Trefflichkeit jener Anstalt anerkannt ist.

Wir schlagen wenigstens ein Amendement zu jener Bill vor, um sie vollständiger und consequenter zu machen. Verbietet auch den Verkauf von Opium oder Opiaten und Haschisch, die noch weit berauschender und für den menschlichen Organismus schädlicher sind, als der stärkste Schnapps und selbst, als ein Glas gutes Lagerbier; — verbietet den Frauen den Gebrauch von Kaffee und Old Hyson-Thee, die ein Nerven-irritirendes und zerstörendes Gift enthalten; — verbietet den Männern, eine Pfeife Knaster zu rauchen oder eine Prise Taback zu nehmen, da der Tabak das „Nikotin" enthält, mit dem man den ärksten Mann leicht tödten kann, — das heißt: wenn man ihm genug davon auf einmal gibt! —

Doch, Spaß bei Seite; denn der Unwille und Ekel an solch schmachvoller Gesetzgebung überwältigt uns und verdirbt uns alle Lust am Scherzen. Wir haben vor jeder aufrichtigen Ueberzeugung, selbst vor der irrigsten eine gewisse Achtung; wir können uns es als möglich denken, daß wir sogar vor den Wassersimpeln, ja, wir wiederholen, sogar vor diesen jämmerlichen, traurigen Wassersimpeln eine Art mitleidigen Respektes zu fühlen vermöchten, wenn es ihnen wirklich Ernst, wenn es ihnen wirklich aufrichtig um die Sache zu thun wäre. Aber das ist es nicht. — Diese Burschen sind Heuchler, Hypokriten, Pharisäer, die einzige Sorte Menschen, die Jesus Christus, die ewige Liebe, selbst haßte, in so fern ein guter Mensch zu hassen vermag, und sie mit den Titeln „Otternbrut" und „Schlangengezücht" bezeichnete. Die wenigsten unserer saubern republikanischen Volksvertreter würden für die Bill gestimmt haben, da sie selbst sehr gern, besonders an Wahltagen saufen und Andern zu trinken geben um sie günstig voten zu machen, da ferner viele davon förmliche Protektoren der schlechtesten, unlicensirten Schnappskneipen in Philadelphia sind, wenn sie nicht gewiß gewußt hätten, daß die Demokraten im Senat dieses Gesetz schwerlich gutheißen, das ihm untergelegte, faule Temperenz-Gesetzes-Ei schwerlich ausbrüten würden, wobei sie ihre Ergebenheit für die Temperenz-Sache den reichen, heuchlerischen Muckern der Stadt Philadelphia zu zeigen und das Odium schwerlich auf die Demokraten zu wälzen suchen. Auch ist das Gesetz völlig unpraktisch und unausführbar. Ein Richter kann im Falle der Uebertretung 100 Tage Zuchthaus und 500 Dollars Strafe diktiren, der andere einen Cent und einen Tag. Alles nur zum Schein, und um im trüben fischen zu können. — Pfui Teufel über eine solche Gesetzgebung! —

Die Senator-Wahl in Philadelphia.

Wie bereits in letzter Nummer der „Staatszeitung" gemeldet, setzten die Radikalen die Wahl ihres Candidaten für die Senatorstelle im 4ten Distrikt am vorletzten Dienstag durch. Wie dies geschehen, darüber lassen wir den Philadelphia „Demokrat" selbst reden, indem er sagt:

„An vielen der Stimmkasten ging es hitzig zu und häufig kam es zu Thätlichkeiten, die nur mit großer Anstrengung unterdrückt werden konnten.

In der 6. Division der 19. Ward brachen Rowdies in das Wahl-Lokal ein, bemächtigten sich der Stimmkasten und machten sich davon.

Kurz nach Schluß der Stimmkasten kam es in der Nähe des Wahlplatzes der 5. Division der 25. Ward an der Frankford Road und Clearfield Str. zu einer Rauferei, bei welcher ein Mann mit dem „Billy" niedergeschlagen und erheblich verletzt wurde.

Mehrere Polizei-Officers der 25. Ward waren dort, welche nicht wenig zur Steigerung der Unzufriedenheit beitrugen. In der Wirthschaft, in welcher sich das Wahllokal befand, kam es etwa um 7½ Uhr zu Thätlichkeiten, wobei ein Mann nach einem anderen mit einem porzelanenen Wasserkruge warf. Bald nachher geriethen mehrere Polizei-Officers in Streit, warfen sich zu Boden und schlugen sich gegenseitig die Gesichter blutig.

Ein Officer, der von seinen Freunden „Stotsy" genannt wurde, hat erhebliche Verletzungen im Gesicht davon getragen. Er hatte bei der Rauferei den Revolver und das Polizeischild verloren, erhielt aber beide später wieder. Ein anderer Officer büßte dabei die Mütze ein. Stotsy wurde vom Deputy-Coroner Sees in sein Haus genommen und vom Blute gereinigt.

Col. A. K. McClure hat eine Bekanntmachung erlassen, in welcher er den Bürgern anzeigt, daß er durch Wahlbetrügereien um wenigstens 2000 Stimmen Mehrheit gebracht worden sei und die Wahl mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln anfechten werde.

Col. McClure erklärt, daß die Polizei die „Repeaters" in Schutz genommen, daß an verschiedenen Plätzen die Wahlkasten und Bücher gestohlen und vernichtet wurden, daß verschiedene Wahlbeamten sich auf Verabredung von ihren Posten ferngehalten hatten und letztere unbefugten Personen eingeräumt wurden, daß an mehreren Wahlplätzen die Stimmen falsch gezählt und namentlich in der 19., 20. und 25. Ward der größte Unfug getrieben wurden."

Nun fragen wir jeden rechtlich denkenden Leser: kann man eine solche Wahl als richtig und gesetzmäßig gelten lassen? War es denn eigentlich eine Wahl, oder war es blos ein Possenspiel der Raufbolden?

Pfui, Schande, daß solches in der „Stadt der Bruderliebe" geschehen sollte. Doch, ließe sich wohl etwas anderes in einer Stadt erwarten, dessen Bürger von einer Bande Diebe, Raufbolde und Mörder regiert werden? Und wenn es bei einer bloßen Senatorswahl schon so hergeht, wie wird es erst bei der nächsten Governörs- und Präsidentenwahl gehen?

Wir sagen heute unsern Lesern schon zum Voraus, daß die Herrschaft der radikalen Rowdy's nur mit Gewalt, — mit Waffen — unterdrückt werden kann, und daß, wenn das Volk wirklich eine freie und ehrliche Wahl haben will, es zu den Waffen greifen muß!

Vielleicht rümpft Mancher die Nase, und lacht über obiges, oder hält unsern Warnungsruf blos für einen Schreckschuß, aber wir wiederholen es frei und offen, daß es noch so kommen wird, und kommen muß, so wahr als wir 1872 schreiben. Blickt nach New Orleans, blickt nach den südlichen Staaten, blickt überall hin wo die Radikalen am Ruder sind, und man wird unsrer Behauptung beistimmen.

Die Ver. Staaten gehen mit raschen Schritten einer Umwälzung entgegen, an die bis jetzt vielleicht noch Niemand glaubt, und an dieser Umwälzung ist das Volk selbst Schuld, weil es seine Freiheiten zu gleichgültig überwachte! Wer lange lebt, wird's erfahren.

Auch in St. Louis

ist die Anti Temperenz-Bewegung in vollen Gang gekommen. Eine der Staatslegislatur von Missouri vorliegende rigorose Temperenz-Bill ist der Grund der Aufregung. Die Deutschen beider Parteien haben in einer gemeinschaftlichen Versammlung ähnliche Beschlüsse passirt, als die im vorigen Sommer von der Arbeiterhall Organisation in Cincinnati angenommenen. Der Grundzug derselben ist der, daß die Deutschen von St. Louis keine Candidaten für Aemter mehr unterstützen wollen, welche sich nicht gegen Temperenzgesetze erklären, und daß sie sich von derjenigen Partei lossagen wollen, die solche Gesetze unterstützt. Hoffentlich werden die Republikaner von St. Louis es nicht so machen, wie Diejenigen ihrer Parteigenossen in Cincinnati, welche aus kleinlichem Parteiinteresse ihren eigenen Beschlüssen ungetreu wurden, und den Muckern dadurch einen Triumph über die Deutschen bereiteten.

Folgendes sind die Beschlüsse:

1) Daß wir deutsche Bürger von St. Louis die persönliche und Gewissens Freiheit, wie sie durch Geist und Buchstaben der Ver. Staaten Verfassung garantirt ist, durch Temperenz-, Sonntags- und beschränkende Gesetze ähnlicher Art für beeinträchtigt und das höchste Gesetz des Landes für verletzt erachten.

2) Daß wir unsere Delegaten in der Legislatur zu Jefferson City hiermit auffordern, im Sinne obigen Beschlusses handelnd, sowohl gegen die jetzt vorliegende Reed'sche Temperenzbill zu agitiren und zu stimmen, als auch das Zustandekommen aller ähnlichen Maßregeln nach Kräften zu verhindern.

3) Daß wir unter keinen Umständen irgend eine Partei mehr unterstützen werden, die sich in dieser Frage nicht auf unsern liberalen Standpunkt stellt und uns unzweideutige Garantien dafür gibt, daß sie uns zur Durchführung dieser unserer Prinzipien helfen will.

4) Daß der Sekräter dieser Versammlung beauftragt ist, eine Abschrift obiger Beschlüsse in deutscher und englischer Sprache sowohl an unsere Delegation in Jefferson City, wie auch an die hiesigen Staatscentral-Committees der verschiedenen politischen Parteien zuzusenden.—(B. B.)

Wie alles geschehen kann.

Trotzdem das Temperenz-Gesetz in Ohio, Indiana, Illinois und anderen Staaten des Westens eingeführt, wird es dennoch dort fortgetrunken, wie früher auch. Allein die Art und Weise wie dies geschieht, ist eine ganz neue und praktische. Kommt z. B. ein durstiger Kamerad in einen Salon und verlangt etwas zu trinken, so gibt ihm der Wirth einer "Cracker", für den der Durstige fünf Cents bezahlt; zugleich überreicht er ihm aber auch ein Glas Bier, das der Kunde als eine Zugabe in Empfang nimmt. Ein anderer Kniff ist der, daß man beim Eintritt eines Kunden denselben fragt, ob er Aktionär der Brauerei werden wolle, die Aktie kostet blos 5 Cents. Hat er sich eine Aktie gekauft, dann kann er sein eigenes selbstgemachtes Bier trinken, welches das Gesetz nicht verbietet.

In Indiana ist ein Irländer, Namens Cawley auf folgenden klugen Einfall gekommen: Er schloß nämlich seinen Salon; sein Schwiegervater miethete ein Lokal direkt neben ihm, und richtete darin eine Postoffice ein, mit einer Menge verschließbarer Boxen und Fächer. Und nun kommen die Freunde Cawley's und abonniren für eine Woche und länger, d. h., sie finden, wenn sie ihre Box aufschließen, eine gefüllte Flasche, und schieben die leere wieder hinein. Es soll eine Menge Bürger stets aus- und eingehen, welche nachsehen, ob noch kein Brief für sie angekommen ist. — Glauben's wohl.

Irrthümliche Ansichten im Schöppe-Fall.

(Aus dem „Philadelphia Demokrat".)

Irrthümliche Ansichten finden sich noch immer hin und wieder in den Blättern über den Stand der Schöppe Angelegenheit. Sogar nach dem Ausgang des Wharton-Prozesses hat man selbst in Baltimorer Zeitungen nicht die richtige Auffassung dieser Sache.

Irrthümlich ist vor allen Dingen, daß Governör Geary deshalb sich nicht zur Begnadigung verstehen wolle, oder daß dieselbe doch keine Bedeutung habe, weil er Schöppe jedenfalls nur zu lebenslänglichem Gefängniß begnadigen könne. Das ist ganz falsch. Nach pennsylvanischem Recht kann der Governör keine Strafe umwandeln, sondern nur davon begnadigen. Schöppe kann also nur der Art pardonirt werden, daß er unbedingt frei ist.

Das ist es gerade, was den Governör abzuhalten scheint, diesen Pardon zu gewähren; wenn er eine Umwandlung der Strafe aussprechen könnte, würde Das im Schöppe Fall vielleicht längst geschehen sein. Denn offenbar trägt der Governör der öffentlichen Meinung und dem Urtheil der Sachverständigen so viel Rechnung, daß er Schöppe niemals hinrichten lassen wird, aber er kann ihn unmöglich für ganz unschuldig halten, sonst müßte er ihn längst begnadigt haben. So wählt er also einen Ausweg, und läßt eine Strafumwandlung des Todesurtheils zu Gefängniß von selbst Platz greifen, indem er weder das Urtheil vollziehen läßt, noch den Pardon ausspricht.

Mag der Governör für sein Gewissen darin eine Beruhigung gefunden haben, zu billigen war dieses Verfahren weder vom moralischen noch vom juristischen Standpunkte.

Nach der Freisprechung von Mrs. Wharton und nach dem gerichtlich geführten Beweis, daß Dr. Aiken, auf dessen Zeugniß hin Schöppe für schuldig befunden wurde kein Sachverständiger, also gar kein zulässiger Zeuge ist und niemals bei irgend einer chemischen Untersuchung vor irgend einem Gerichte war und sein konnte, hat die Sache eine andere Gestalt angenommen. Ein nachträglicher gerichtlicher Beweis ist erbracht, daß Schöppe auf falsche Zeugen Aussagen, hin schuldig befunden und verurtheilt wurde. Alle Bedenken, alle Zweifel des Governörs, sind damit erledigt und die Begnadigung Schöppes ist zur klaren Pflicht geworden.

Im Wharton Prozeß ließ die Anklage einen anderen Sachverständigen eintreten nachdem Aiken als Pfuscher enthüllt worden war. Im Schöppe-Fall geht Das nicht. Hier bleibt kein anderer Ausweg, Herr Governör, als sofortige Begnadigung!

Tragen keine Interessen. — Personen, die Ver. St. Bonds erster Reihe haben, welche unter dem Akt des 25. Februar 1862 ausgegeben worden waren, sollten dieselben unverzüglich bei irgend einer unserer Banken einlösen, da sie keine Interessen mehr tragen.

(Correspondenz aus Maryland.)

Hauptquartier: "Zum dicken Jupp."
Guten Morgen, mein lieber Ripper!

Motto: Als die Schwalben heimwärts zogen,
Sind wir fort von Port geflogen
Nach Havre de Grace, Maryland,
Am schönen Susquehanna Strand.

Nach obigem, alter Kamerad, wird Ihnen wohl begreiflich sein, daß wir das "Schwalbennest" verließen und unser Hauptquartier beim dicken Jupp und im Spechtsnest aufgeschlagen haben. Mein langes Stillschweigen bitte ich dadurch zu entschuldigen, das ich nicht genug mit den lustigen Gesellen hierselbst bekannt war und deßhalb mehrere Erschungsreisen unternahm, bei denen ich jedes Mal beinahe verunglückte. Nach meiner ersten Forschungsexpedition landeten wir, bei den beiden fetten Gebrüder, Charles und Joseph Moitz; vulgo dicken Jupp,* bei welchem die Schwalben freundlichst aufgenommen und versprechen mußten, ihr Hauptquartier aufzuschlagen. Der dicke Jupp ist noch derselbe Patient wie Sie ihn bei ihrem letzten Besuche gesehen haben, nur mit dem Unterschied, daß seine Familie sich um einen jungen Bismark vermehrte, welcher bei seiner Geburt schon über zehn Monate alt war. Nun ja, irren ist menschlich und wenn der junge Bengel jetzt schon überreif ist, so läßt sich für die Zukunft Großes von ihm erwarten. — Wir wollten jetzt den dicken Jupp verlassen, und einen Ausflug nach der Brauerei zum „Spechtnest" machen.— Schon früher von Angesicht zu Angesicht gewesen, wurden wir auf's innigste empfangen, und mußten seinem Gerstensafte alle mögliche Ehre erweisen. Als die Gläser zu klein wurden, mußte derselbe in Humpen servirt werden. — Eine prächtige Idee für durstige Brüder. Zu unserm größten Vergnügen fanden wir in einem Nebenzimmer einen Kranz angenehmer und liebenswürdiger Damen, mit welchen, da wir alle, alte und neue Bekannten waren, eine Conversation eröffnet wurde, welche an Gezwitscher die besten Schwalben zu übertreffen suchte. Bravo für die liebenswürdigen Damen! Wir werden es uns hinter die Ohren schreiben. — Mit allen Tugenden eines lustigen und fidelen Jungen versehen, wäre es Ueberfluß eine Skizze über den freundlichen Brauer Specht zu geben; nur so viel sei gesagt, daß die ganze Bande zum Ripper'schen Corps gehört.—(Sie haben Recht, lieber Alter; es sind lauter famose Kameraden, vom „Specht" bis zum „Spechtchen".—Anm. d. Red.)

Ueber die Lage und Situation von Havre de Grace muß ich Ihnen einen Bericht für die nächste Woche schuldig bleiben und Sie werden dann Neuigkeiten erfahren, welche Sie bis in die großen Zehen kitzeln werden. Unterdessen verbleibe ich wie immer

Mit freundschaftlichem Gruß und Handschlag Ihr ergebenster Freund,

John Simons.

* Wir kennen den wackeren Haudegen persönlich, und gratuliren ihn zu seinem „Prinzen."—Anm. d. Red.

Pennsylvania Legislatur.

Harrisburg, 31. Jan. 1872.

Senat.

Mr. Randall brachte eine Bill wegen Incorporirung der Union National Road Improvement und Emigration Co. ein.

Hierauf begaben sich die Senatoren zur Gesammt-Convention, um die bei der Oktober Wahl abgegebenen Stimmen zu zählen.

Folgende Bills wurden eingebracht.

Mr. Mumma brachte ein Bill, wodurch der Staats-Superintendent der Schulen beauftragt wird, Pläne für Schulbauten einzureichen.

Mr. Buckalew eine Bill zum bessern Schutze öffentlicher Gelder und zur Verhinderung, daß durch Benutzung derselben den Individuen Gewinn erwachte. Darnach soll irgend ein Schatzmeister einer Stadt, Township rc., welcher die öffentlichen Gelder zu seinem eigenen Vortheile ausleiht, sich eines Verbrechens schuldig macht, auf welchem eine Strafe von 1—6 Monaten Gefängniß und eine Geldstrafe, die der Summe der erhaltenen Interessen gleich sein soll, stehen soll. Banken und deren Beamte, welche Interessen bezahlen, werden als Theilnehmer an dem Verbrechen angesehen. Wer die Sache zur Anzeige bringt, erhält die Hälfte der Strafe als Belohnung.

In der Nachmittags-Sitzung wurden die Rechnungen für die Ausstattung der Halle besprochen.

Nachdem die Bill, wonach nicht beanspruchte Depositen in Sparbanken dem Staate verfallen sollen, zum dritten Male verlesen war, vertagte sich der Senat.

Haus.

Die Hausbill, wonach es den Stimmgebern der 21 Ward in Philadelphia verstattet werden soll, alle drei Jahre über die Frage abzustimmen, ob in der Ward Wirtshaus-Licensen ertheilt werden sollen, wurde zum ersten Male verlesen und wird sehr wahrscheinlich passiren.

Die Bill bestimmt, daß der unlicensirte Verkauf von Liquor im ersten Betretungsfalle mit $50 Strafe und 30 Tagen Gefängniß, im Wiederholungsfalle mit $50 Strafe und sechs Monate Gefängniß und in jedem weiteren Falle mit $100 Strafe und 1 Jahr Gefängniß geahndet werden soll.

Um 11 Uhr traten Senat und Haus zur Gesammt-Convention zusammen, um die bei der letzten Wahl für Auditor-General, Surveyor-General und die Constitutions-Convention abgegebenen Stimmen zu zählen. Das Resultat ist folgendes:

Auditor-General—Stanton 284,097; McCandleß 268,512; Spangler 3,132.

Surveyor-General—Beath 287,945; Cooper 266,736; Wheeler 2969.

Constitutions-Convention—Dafür 316,097; dagegen 69,715.

Da der Auditor-General Stanton unterdessen nach der Wahl gestorben ist, so wurde das Amt für vacant erklärt.

Nachmittags-Sitzung.

Folgende Bills passirten:

Eine Bill, wodurch das Local Option Gesetz in der 21. Ward, in Philedelphia legalisirt wird mit dem Zusatze, ausgenommen für medizinische Zwecke.

1. Febr.

Senat.

Mr. Davis, Phil., reichte eine Bill ein zur Autorisirung der Gerichte, Frauenzimmer als Inspektoren der weiblichen Departements von Gefängnissen anstellen zu dürfen.

Eine Resolution wurde angenommen, welche das allgemeine Justiz-Committee beauftragt, zu untersuchen, ob Beschwerden gegen einzelne medizinische Institute in Philadelphia vorlägen, und wenn so, ob die Zurückziehung des Charters angemessen erscheine, oder ob die Angelegenheit den Gerichten zu überwiesen sei.

Es wurde dann zur Berathung der Bill in Betreff von Gerichtsanzeigen geschritten.

Mr. Dill brachte ein Bill ein in Betreff von Testamentsvollstreckern, wonach die Acte von 1834 auch auf Irrsinnige und Trunkenbolde Anwendung findet.

Es wurde eine Bill passirt, welche den Governör ermächtigt, für den Verwaltungsrath eines jeden Normalschule zwei Mitglieder zu ernennen.

Die Bill für die Examination und Licensirung der Apotheker wurde bis kurz vor der Vertagung erwogen.

Um 5 Uhr überreichte der Staatssekretär den Wahlbericht vom 4. Senatorialdistrikt, sowie auch das Certificat des Harry W. Gray. Der neue Senator wurde gleich eingeschworen und stimmte zu Gunsten der Zurücklegung der letztgenannten Bill. Vertagt.

Haus.

Folgende Hausbills wurden passirt:

Bill zur Autorisirung von Assignees von Versicherungspolicen, in ihrem eigenen Namen klagbar zu werden.

Das Haus-Supplement, betr. die Ausleihung von öffentlichen Geldern an Personen, welche die höchste Zinsenrate bezahlen, wurde von Mr. Elliott und Anderen bekämpft und von den Herren White, Cooper und Anderen unterstützt.

Die Bill wurde schließlich passirt. Ja 62 Nein 30.

Congreß-Verhandlungen.
42. Congreß.—Zweite Session.

Washington, 30. Jan.

Senat.

Die Hausbill, welche $50,000 für die Kosten der japanesischen Gesandschaft bewilligt, wurde angenommen. Spencer brachte eine Bill ein, die Vergütung zu reguliren, welche die Clerks in den Regierungsdepartements erhalten. Anthony brachte eine Bill ein, in Betreff der Vertheilung von Preisegeldern. Der Kriegssekretär wurde angewiesen, Aufschluß über das Floßhemmniß im Red River zu liefern. Angenommen wurde die Hausbill, den Kassendefekt in dem Postamtsdepartement zu entsetzen der durch den Unterschleif des früheren Auszahlungsclerks McCartney entstanden ist; desgleichen, auf Antrag Pomeroy's, die Bill, welche einen Landstrich an den Quellen des Yellowstoneriver zu einem öffentlichen Park bestimmt. Cameron berichtete von dem Comite über auswärtige Beziehungen eine Bill für Bezahlung der sogenannten französischen Spoliationsforderungen und zeigte an, er werde die Bill sehr bald aufrufen.

Mr. Schurz rief ein paar Lokalbills zu Gunsten von „Improvements" im Westen auf und der Senat passirte dieselben.

Nach Ablauf der sogenannten Morgenstunden wurde die Amnestiebill in Berathung genommen.

Mr. Saulsbury sprach längere Zeit zu Gunsten der Bill, obgleich ihm eine Bill ohne die betreffenden Ausnahmen besser zugesagt hätte. Er hoffte, daß nach Annahme dieser Bill auch bald die Ausnahmen fallen würden. Er wolle Amnestie nicht als einen Gnadenakt betrachtet wissen, sonder als einen Akt der Gerechtigkeit.

Mr. Schurz sprach sich zu Gunsten einer allgemeinen Amnestie aus.

Mr. Schurz sagte, das der Congreß ohne Rücksicht darauf, welche Dimensionen oder Folgen die Rebellion gehabt haben möge, keine Gesetze zu erlassen habe. Es handle sich um die Zukunft der südlichen Staaten. Der Redner verbreitete sich über die Verhältnisse der ehemaligen Sklaven, deren Verhalten bei ihrem uncultivirten Zustande seines Gleichen suche. Zu gleicher Zeit hob Hr. Schurz jedoch hervor, daß alle Entrechtungsmaßregeln noch niemals den vom Congreß gewünschten Erfolg gehabt hätten. Hr. Schurz sprach seine Ansicht dahin aus, daß Generosität dem unterworfenen Feinde gegenüber immer die beste Politik sei.

Mr. Nye griff Mr. Schurz in seiner eigeneigenthümlich oberflächlichen Weise an und als Knownothing ließ der Senator von Nevada in seiner Rede einfließen, daß Herr Schurz als Adoptivbürger eigentlich keine richtige Auffassung der Ansichten amerikanischer Staatsmänner haben könne.

Mr. Schurz erwiderte dem Senator von Nevada ziemlich scharf, worauf dieser entgegnete, daß er nicht die Absicht gehabt habe, auf die Herstammung des Mr. Schurz anzuspielen. (Der nativistische Senator von Navada, ein Radikaler von reinsten Wasser, hatte in ein Wespennest gestochen, als er Hr. Schurz angriff, zog aber wie ein gepeitschter Hund seine Giftzähne schnell wieder zurück.)

Im Senat brachte Hr. Blair eine gemeinschaftliche Resolution ein, die den Präsidenten anweist, Unterhandlungen mit Spanien behufs der Abtretung von Cuba anzuknüpfen.

In der Debatte über die Vertheilungsbill nahmen Morrill und Edmonds (Vermont) lebhaften Antheil. Das erste Amendement des Justizcomites, die gegenwärtige Anzahl der Repräsentanten im Hause auf 243 zu reduciren, wurde verworfen. Alle anderen Amendements wurden niedergestimmt mit Ausnahme einer Einschaltung eines Zufallparagraphen, wodurch das 14. Amendement wieder bestätigt wird. Die Bill wurde schließlich angenommen. Sieben Senatoren stimmten dagegen. Dieselbe geht jetzt wieder an das Haus zurück behufs Uebereinstimmung der Amendements. Der Senat vertagte sich um 5 Uhr.

Haus.

Mehre Mitglieder überreichten Petitionen und Beschlüsse.

Mr. Garfild berichtete für das Verwilligungs-Committee eine Bill, welche $250,000 für den Ankauf eines Bauplatzes für die Errichtung eines Zollhausgebäudes u. s. w. in St. Louis aussetzt. $300,000, welche früher verwilligt waren, sollen für die Baukosten verwendet werden. Das Ganze soll nicht mehr als zwei Millionen Dollars kosten.

Die Bill wurde passirt.

Mr. Schellaberger berichtete für das Handels-Committee ein Amendement zu der Bill, welche die Versendung von Waaren von einem Hafenplatz nach dem Inland unter Plomde regulirt. Das Amendement wurde angenommen.

Das Haus nahm um 2 Uhr die Apportionment Bill auf und gab seine Zustimmung zu den Amendements des Senats.

Das Haus zog im Committee des Ganzen die Bill für Verwilligungen für Indianer in Berathung. Die zu verwilligende Summe beläuft sich auf ungefähr $5,500,000.

Es entspann sich eine Debatte über die beste, den Indianern gegenüber einzuhaltende Politik.

Haus der Repräsentanten. Durch Kellogg von Conn. wurde ein Bill eingebracht, zur Widerrufung der Einkommensteuer.

Durch Monroe—wegen Bewilligung pecuniärer Unterstützung für die Familien von Consular-Beamten, die im Auslande sterben.

Durch Kendall—zur Unterstützung der Herstellung des Sutro Tunnels.

Durch Chipman — Bewilligung von $200,000 für Vollendung des Washington Monuments.

Fahrnsworth beantragte eine Resolution, die das Committee des Distrikts Columbia anweist, die Angaben der Petition der Steuerzahler von Washington zu untersuchen.

Voorhees brachte eine Bill ein, die einen Kriegszustand zwischen Spanien und der Republik Cuba anerkennt und beiden Parteien alle Rechte zuspricht, welche das Völkerrecht Kriegführenden einräumt, darunter das Recht, ihre nationale Flagge innerhalb der Gewässer der Ver. Staaten zu entfalten. Er beantragte die Regeln zu suspendiren und die Bill anzunehmen. Banks schlug ihm vor, sie dem Comite über auswärtige Angelegenheiten zu überweisen. Cox: Er hoffe, das werde nicht geschehen, da dem Comite bereits eine ähnliche, von ihm eingebrachte Bill verliege. Banks: Er habe den Herrn von New York nicht angeredet. Voorhees: Ohne es im Geringsten an Achtung gegen das Comite fehlen zu lassen, ziehe er doch eine sofortige Abstimmung des Hauses vor. Banks: Das Comite erwäge den Gegenstand und Hr. Voorhees müsse wissen, daß das Haus nicht ohne Debatte oder einen Bericht vom Comite für die Bill stimmen könne. Cox that Einsprache gegen die Debatte. Brooks (N. Y.): Er würde für die Bill stimmen, könne aber nicht mit allen ihren Ausdrücken in Bezug auf Völkerrecht rc. sich einverstanden erklären; er wünsche diesen Vorbehalt zu machen. Banks that Einsprache gegen jeden Vorbehalt; die Bill müsse als ein Ganzes aufgefaßt werden. Voorhees: Es sei nicht Parteiisches in der Maßregel. Schellaberger wünscht, besondere Abstimmung über die verschiedenen Sätze in der Bill vorgenommen zu sehen; allein der Sprecher entschied, daß gemäß, die Regeln zu suspendiren, über die Bill als ein Ganzes abgestimmt werden müsse. Es wurde abgestimmt und der Antrag fiel durch, indem 73 dafür und 109 dagegen stimmten. Die Bill ward dann dem Comite über auswärtige Angelegenheiten überwiesen. Brooks (N. Y.) wünschte sie mit einer Resolution begleitet zu sehen, die Philanthropie und des Christenthums die Dazwischenkunft des Volkes der Ver. St. verlangt werde, um Frieden unter dem Volk von Cuba und Meriko zu stiften.

Getz hat um Erlaubniß, eine Resolution anzubieten, nach welcher untersucht werden soll, kraft welcher Befugniß Seneca-Sandstein bei der Gründlage des neuen Staatsdepartements-Gebäudes im Widerspruch mit der Ordre des gemeinsamen Comites über öffentliche Gebäude und Gründe angewendet worden sei. Negley that Einsprache. Getz wünschte Suspendirung des Reglements zu beantragen, erhielt aber nicht das Wort für diesen Zweck. Das Comite über Manufacturen wurde angewiesen, nachzuforschen, ob Materialien für den Dampfschiffsbau von den Ver. Staaten geliefert werden können, und über den Unterschied in den Preisen zwischen einheimischen und fremden Materialien zu berichten.

Ueber die Resolution behufs eines zur Vertagung des Congresses festgesetzten Zeitpunktes gerieth man in eine längere Debatte, an der Brooks, Butler, Dawes, Banks und Cox Theil nahmen. Die Resolution ward später auf Farnsworth's Antrag dem Comite über Mittel und Wege mit 129 gegen 77 Stimmen zum Referat übergeben. Getz (Pa.) verlangte eine Untersuchung über das Material, welches zu dem Bau des neuen Staatsdepartements verwendet worden. Angenommen.

Pierce berichtete von dem Erziehungs- und Arbeitscomite eine Bill, dem Colleg „William und Mary" in Virginien $65,000 als Ersatz für das Colleggebäude und sonstiges Eigenthum zu zahlen, welches während des Bürgerkrieges von unordentlichen Soldaten der Ver. Staaten ohne Befugniß zerstört worden ist; alles Geld soll nur auf gehörig beglaubigte und bewiesene Rechnungen gezahlt werden. Er bat, über die Bill abstimmen zu lassen. Blair (Mich.) wandte ein, da die Bill eine Verwilligung mache, so müsse sie zuerst im Plenarcomite erwogen werden. Der Sprecher erklärte den Einwand für stichhaltig und die Bill wurde dem Plenarcomite überwiesen, um auf das Verzeichniß der Privatbills gestellt zu werden. (Dieses Colleg ist dasselbe, in welchem General Washington, Jefferson und andere berühmte Männer ihre Ausbildung erhielten.) Das Haus nahm dann die Bill auf, einen Unterrichtsfond zu stiften und die Erträgnisse der öffentlichen Ländereien für die Erziehung des Volkes zu verwenden. McHenry hielt eine Rede gegen die Bill. Hibbard von N. H. bekämpfte gleichfalls die Bill vom constitutionellen Standpunkt aus. Er bezeichnete sie als einen Keil, als einen Pionier, der nur den Weg bahnen soll für ein umfassendes System nationalen Erziehungswesens für ein Postelegraphgesetz und für andere ähnliche Gesetze, bis jedes Recht, das früher als den Staaten gehörig betrachtet wurde, von der Bundesregierung absorbirt sein werde. Kerr sprach sich gleichfalls gegen die Bill aus und nahm dabei Gelegenheit wahr, eine frühere Rede des Herrn Hoar von Mass. über den Gegenstand in schwachen Worten zu kritisiren, wobei er indeß Herrn Hoar's Bemühungen um das Unterrichtswesen pries. Er bemerkte wiederhin, sein Staat (Indiana) besitze heute einen Erziehungsfond von 8½ Million. Hoar meinte, derselbe stamme von den öffentlichen Ländereien, was Kerr nicht zugab. Auf eine weitere Frage Haar's bemerkte Redner, 3½ Million des Fonds stammten von Bonds des Staats und 4 Millionen von öffentlichen Ländereien. Hoar: Der Herr räumt also ein, daß die Bill mit der demokratischen Politik, wie sie in besseren Zeiten geübt wurde, übereinstimmt. Kerr: Diese Bill widerspricht gerade der demokratischen Politik und stimmt dagegen mit der früheren und gegenwärtigen der republikanischen Partei gegen die Staaten der Union überein. Er ging dann auf die Einzelheiten der Bill ein und setzte auseinander, was er daran auszusetzen fand. Sie erheische unter Anderm ein System nicht nur von öffentlichen Freischulen, sondern von gemischten öffentlichen Schulen. Er sei dafür, allen Kindern des Landes eine unentgeltliche und gleichmäßige Erziehung zu geben, aber er sei nicht für jenes elende System, das beiden Racen zum Fluch gereiche, indem es sie in Volksschulen zusammenbringe. Eine andere Einwendung sei, daß die beabsichtigte Wirkung sein würde, die gesetzliche Controlle über das Unterrichtssystem dem Volke der Ver. Staaten, dem sie gebühre, zu entziehen und dem Congreß der Ver. Staaten zu übertragen.

Zur Statistik der katholischen Kirchen in Amerika.

Zufolge des soeben bei Sadler in New York erschienenen „Cath. Directory" enthalten die Ver. Staaten 7 Kirchen-Provinzen und zwar:

1) Baltimore. Hierzu gehören der Distrikt Columbia, die Staaten Maryland, Pennsylvania, Delaware, Virginia, Nord und Süd Carolina, Georgia und der östliche Theil von Florida. Darin sind 11 Bisthümer und 1 apostolisches Vicariat.

2) Cincinnati umfaßt die Staaten Ohio, Indiana, Michigan und Kentucky mit 9 Bisthümern.

3) New Orleans enthält die Staaten Louisiana, Alabama, Mississippi, Texas und Arkansas mit 6 Bisthümern.

4) New York umfaßt die Staaten New York New England und New Jersey mit 11 Bisthümern.

5) Oregon im Staate Oregon und dem Territorium Washington mit 3 Bisthümern und 1 apostolischen Vicariate.

6) St. Louis enthält Missouri, Tennesee, Illinois, Wisconsin, Iowa, Kansas, Nebraska, Minnesota, Dakota, New Mexico, Colorada, Arizona und Indianer Territorium mit 11 Bisthümern und 5 apostolischen Vicariaten.

7) San Francisco umfaßt die Staaten Californien und Nevada nebst allen Territorien, östlich vom Rio Colorada.

Gegenwärtig administriren in diesen Provinzen 7 Erzbischöfe, 54 Bischöfe (2 Bisthümer—Fort Wayne und Cleveland sind vacant) und 5 insulirte Aebte.

Einer der rechten Sorte. — Foster Blodgett, welcher wegen Beraubung der Staatskasse von Georgia verurtheilt, aber vom Governör jenes Staates wieder begnadigt worden ist, wurde vor einigen Tagen als ein Delegat zur republikanischen National-Convention in Philadelphia mit dem Auftrag ernannt, für Grant in der Convention zu stimmen.—Solche Kerle kann Grant brauchen.

Col. Norman Eddy, Staats-Sekretär von Indiana, starb am 28. v. M. am Schlagfluß.

Europäisches.

Deutschland.

Berlin. Die ersten Goldmünzen der neuen Prägung sind bei den hiesigen Staatskassen zur Ausgabe an Privatpersonen angelangt. Es sind dies Zwanzig-Markstüke; sie tragen auf der Vorderseite das Bildniß des Kaisers mit der Umschrift: „Wilhelm, deutscher Kaiser, König von Preußen" und auf der Rückseite den Reichsadler und darunter in kleiner Schrift die Werthangabe der Münze.

Heidelberg. In der letzten Strafkammersitzung wurde ein erst 12 Jahre alter Knabe zu einer Kreisgefängnißstrafe von 6 Wochen verurtheilt, da er innerhalb 2 Monaten nicht weniger als 11 Fälschungen und Betrügereien verübt hatte.—(Der versteht's.)

Mühlhausen. Von einer Liebe zum alten Vaterland haben die Damen Mühlhausen einen Beweis gegeben. Sie haben auf Weihnachten eine Collekte veranstaltet und haben den Ertrag derselben, 23,945 Franken, dem Präsidenten der Republik als ein Scherflein zur Deckung der Kriegskosten übersandt. In Straßburg ist seitdem eine ähnliche Sammlung veranstaltet worden.

Metz. Seit langer Zeit hat wohl unsere Gegend nicht so viel Wölfe gesehen als diesen Winter. Dieser Tage wurden auf einer Jagd bei Bolchen mehrere dieser Ungeheuer erlegt. Ihre Frechheit nimmt täglich zu.

In Straßburg ist wegen des ehemaligen kaiserlichen Schlosses zwischen der deutschen Reichsbehörde Uneinigkeit entstanden. Das Schloß, der alte Bischofshof auf dem Münsterplatz, vom Cardinal Rohan 1728 erbaut, zur Zeit der ersten Revolution von der Stadt angekauft, wurde von dieser im Jahr 1806 dem Kaiser Napoleon I. als kaiserliche Residenz verehrt. Unter den Bourbonen hatte es als Chateau Royal gedient. Im Jahr 1832 beanspruchte die Stadt das Eigenthum des Gebäudes wieder, und gewann ihren Prozeß. 1852 schenkte es die Stadt Napoleon III., nach dessen Sturz und Verkündigung der Republik es am 14. Sept. 1870 abermals zurückgefordert wurde. Die deutsche Behörde bestritt das Recht auf Rückforderung, da dieses Gebäude zur kaiserlichen Civilliste gehöre, und ließ sich gegen Ende des Jahres 1870 die von dem Maire zurückgehaltenen Schlüssel ausliefern. Dieser protestirte, und auch die Municipalverwaltung ließ ihren Anspruch nicht fallen. Erst in der letzten Zeit wurde ihr ein gütlicher Ausgleich dahin vorgeschlagen: daß das vormals kaiserliche Schloß als volles Eigenthum an die Stadt zurückfallen soll, wenn diese einwillige, dasselbe zu Universitäts- oder wissenschaftlichen Zwecken anzuweisen.

Schweiz.

Bern. In Meriden, Connecticut, Amerika, starb der Nationalrath Johann Karlen von Reichenbach.

Aargau. Der Kanton Aargau hat 80 Schießvereine mit 3000 Mitgliedern.

St. Gallen. Kaufmann Wegelin-Keller in Pernambucco hat dem historischen Verein in St. Gallen eine reiche Sammlung werthvoller brasilianischer Gegenstände, besonders Waffen, zum Geschenk gemacht.

In der Schweiz nimmt die Zeichnung von Subventionen für die Splügenbahn guten Fortgang. Ein päpstlicher Hirtenbrief ermuntert die Bischöfe zu weiterem Kampfe gegen die Feinde der Kirche. Für den in London bevorstehenden Gefängnißcongreß hat der Bundesrath den Direktor der Strafanstalt zu Neuenburg, Dr. Guillaume bezeichnet.

Die schweizer Bundesversammlung ist am 15. Jan. zur Fortsetzung der Verfassungsrevision in Bern wieder zusammengetreten und das Werk hat im Ständerath gleich in der ersten Sitzung einen raschen und günstigen Fortgang genommen. In Basel ist der um das schweizerische Eisenbahnwesen und namentlich auch um die Gotthardtbahn sehr verdiente Direktor Schmidlin am Schlagflusse plötzlich verschieden.

Frankreich.

Paris, 1. Feb. Die deutschen Behörden haben den Verkauf von französischen Zeitungen in den Straßen von Straßburg verboten.

Paris, 1. Feb. Präsident Thi[illegible] sagte in einer Unterhaltung mit [illegible] über die Lage der Dinge in Frank[illegible] und seine zukünftige Regierung. [illegible] war zu Gunsten einer gemäßigten [illegible]publik so lange als ich das Bestehen [illegible] solchen für möglich hielt. Ich sehe meinen Irrthum ein. Die Re[illegible]lik kann nicht existiren, selbst nicht meiner Unterstützung und ich sehe m[illegible]gezwungen, das Glück meines Vaterlandes in einer anderen Richtung zu suchen.

England.

London, 29. Jan. Die Alabamaforderungen und ihre Be[illegible]lung durch das Schiedsgericht in G[illegible] bildet das Hauptthema in der [illegible]ischen Presse. Befürchtungen über [illegible] Höhe der englischen Forderungen [illegible] allgemein und an der Börse spiegelt sich diese Stimmung wieder, denn amerikanischen Papiere sind [illegible]nig heruntergegangen.

London, 29. Jan. [illegible] Schiff „Almora" von St. Johns, [illegible] Braunschweig, ist mitten auf der See ein Raub der Flammen geworden [illegible] vermuthlich sind Alle an Bord umgegangen. Die „Almora" war in [illegible]beck 1853 gebaut und hielt 1107 Ton.

London, 29. Jan. Schamacht, eine zu Transkaukasien [illegible] asiatischen Rußland gehörige Stadt [illegible] durch ein Erdbeben dem Boden gleich gemacht worden. Sie wurde von einer Anzahl heftiger Erdstöße heimgesucht, die in sehr kurzen Zwischenräumen auf einander folgten, und die größte Bestürzung unter den Bewohnern hervorbrachten. Alle Anwesenden eilten von so schnell sie konnten. Die Erdstöße dauerten einige Zeit fort und endeten mit einer Erschütterung, die die meilenweit im Umkreise schütterte [illegible] die Stadt zu Ruinenhaufen machte. Kaum steht noch ein einziges Gebäude aufrecht, und es sind wohl Tausende von Menschenleben zu Grunde gegangen. Der Schrecken über dieses Ereigniß ist im ganzen Osten von Rußland ein ungeheurer.

Die Anzahl der Emigranten, welche im Januar von Liverpool abgesegelt sind, übersteigt die der im December Ausgewanderten um 50. Der Brand von Chicago scheint die Auswanderung von Maurern und Zimmerleuten angeregt zu haben.

Die Revolutionäre Mexico haben wieder einige Siege über die Regierungstruppen davon getragen.